

Medienbildung in Schulen massiv stärken!

Zusammenfassung und medienpädagogische Einordnung der Mitgliederumfrage 2026 der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) e.V.

Zum Hintergrund

Die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V. (GMK) ist der größte bundesweite Fachverband für Medienkompetenz und Medienbildung. Mit dem Ziel, Medienpädagogik als festen Bestandteil der Bildungslandschaft zu etablieren, bringen wir seit 1984 Fachkräfte, Expert*innen, Institutionen sowie alle Interessierten aus Bildung, Kultur, Medien und Politik zusammen – für eine kreative und kritische Medienpädagogik, die politische, soziale, kulturelle, technische und ethische Perspektiven verbindet. Als gemeinnütziger Verein mit Sitz in Bielefeld beraten wir Politik und Bildungssektor, positionieren uns öffentlich zu aktuellen medienpädagogischen Themen und sind Plattform für Austausch, Vernetzung und Kooperationen.

In Kooperation mit dem Deutschen Kinderhilfswerk (DKHW) befragte die GMK ihre Mitglieder in diesem Jahr bereits zum dritten Mal in Folge, darunter zentrale Akteur*innen und Multiplikator*innen der bundesweiten Medienpädagogik und Medienbildung. Im Zentrum der Umfrage stand 2026 das Thema **Medienbildung im Kontext Schule**, welches auch angesichts der aktuellen Handlungsempfehlungen der Unabhängigen Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ von großer Relevanz ist.

Im Folgenden lesen Sie eine Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der Umfrage. Es nahmen rund 200 Personen teil, nicht alle beantworteten jede Frage.

Bewertung der derzeitigen Medienbildung in der Schule

Als Einstieg in das Thema wurde zunächst die grundlegende Bewertung der derzeitigen Medienbildung im Kontext Schule über eine Likert-Skala abgefragt. 192 Teilnehmende beantworteten diese Frage.

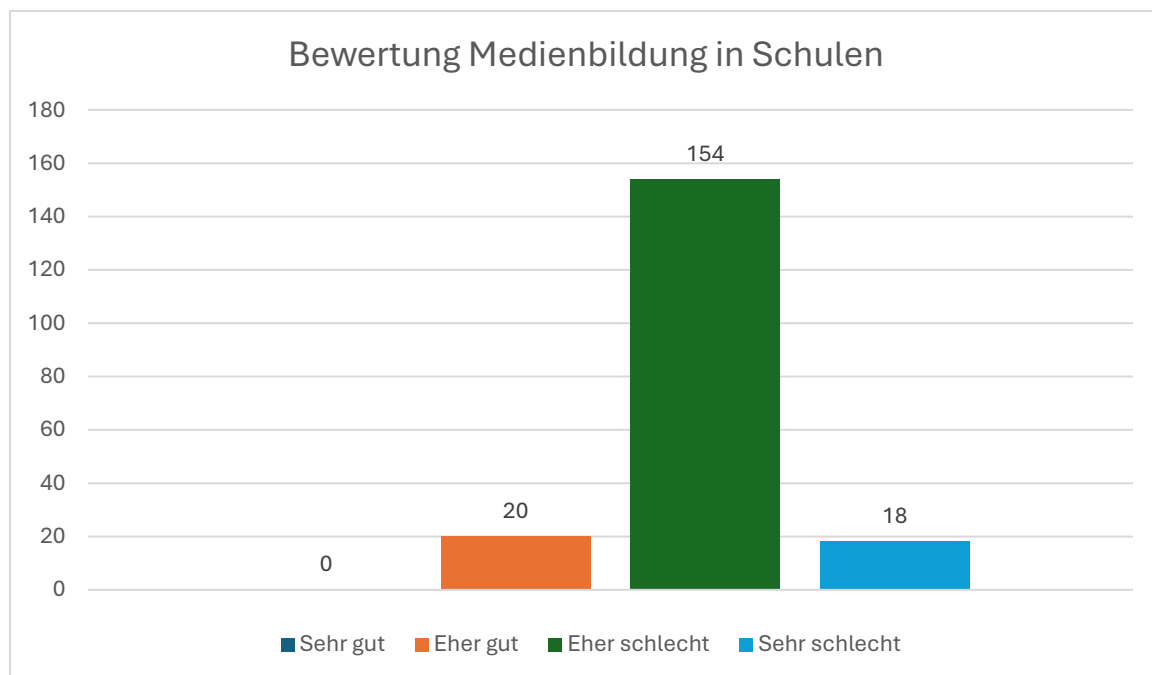


Abbildung 1: Bewertung der Medienbildung in der Schule

154 (80 %) Teilnehmende bewerten die derzeitige Medienbildung in den Schulen als „eher schlecht“, 20 (10 %) Personen sehen diese „eher gut“, 18 (9 %) als „sehr schlecht“. Niemand hat die derzeitige Medienbildung in den Schulen als „sehr gut“ bewertet.

Verantwortung für Medienbildung in der Schule

Die Frage, wer für Medienbildung in der Schule idealerweise hauptsächlich verantwortlich sein sollte, beantworteten 194 Personen.

Die meisten Teilnehmenden (107 Personen, 55 %) wünschen sich schuleigene, festangestellte Medienpädagog*innen in der Hauptverantwortung für das Thema Medienbildung in Schulen. 40 Personen (21 %) sind hingegen der Ansicht, dass Lehrkräfte die Hauptverantwortung tragen sollten. 23 Personen (12 %) sehen externe Medienpädagog*innen, die über AGs, Projekte oder Projektwochen eingebunden werden, hauptsächlich verantwortlich. Drei Personen (2 %) benennen die Schulsozialarbeit und eine Person (1 %) die Mitarbeitenden im Offenen Ganztage als Verantwortliche für Medienbildung in Schulen.

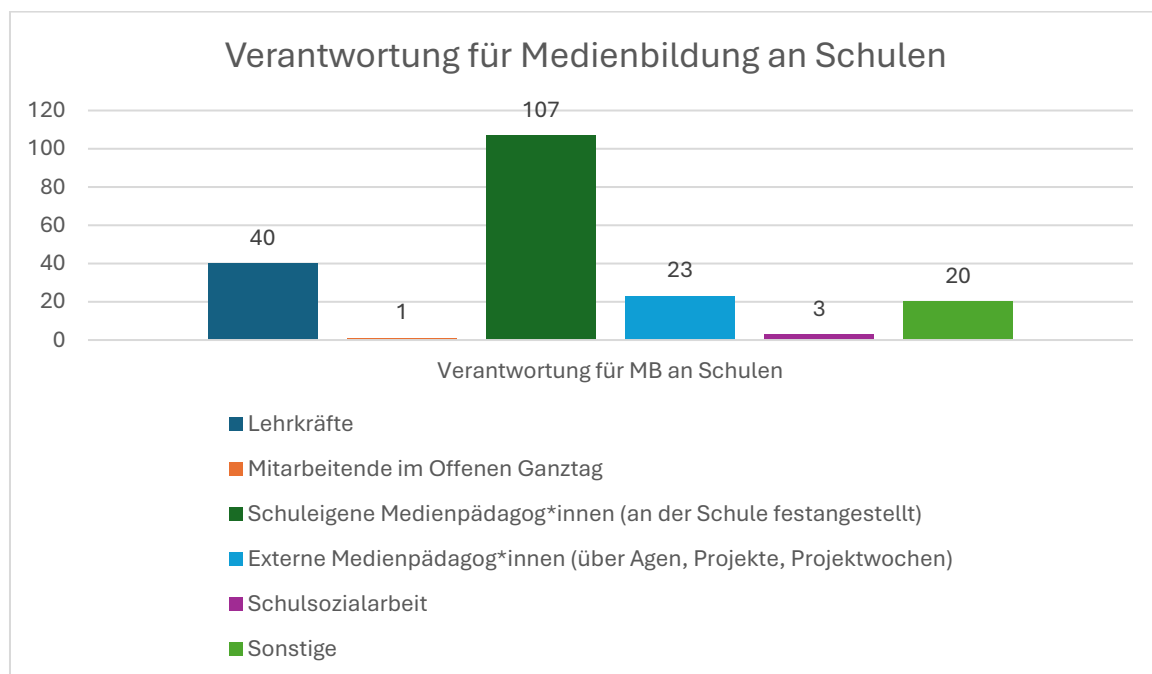


Abbildung 2: Verantwortung für Medienbildung an Schulen

20 Personen (10 %) antworteten unter „Sonstiges“. In etwa der Hälfte der ergänzenden Antworten wird die Medienbildung an Schulen als „gemeinschaftliche, gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ betrachtet, an der aufgrund der hohen Anforderungen alle Akteur*innen in multiprofessionellen Teams gleichermaßen beteiligt seien.

„Es sollten immer multiprofessionale Teams an Schule verantwortlich sein: Lehrkräfte, Schulsozialarbeit, [...] Medienpädagog*innen gemeinsam.“ (exemplarische Antwort aus der Mitgliederumfrage)

Differenziertere Betrachtungen teilen die Verantwortung in unterschiedlicher Gewichtung zwischen Lehrkräften, externen oder schuleigenen Medienpädagog*innen und der Schulsozialarbeit auf. Da Medienbildung letztlich im Unterricht stattfindet, komme Lehrkräften eine zentrale Rolle zu, insbesondere in einem dedizierten Fach für Medienbildung. Des Weiteren wird die hauptsächliche Verantwortung sowohl den Schulleiter*innen als auch der Lehrkräfteausbildung zugeschrieben.

Verantwortung für Medienerziehung

169 Personen beantworteten die offene Frage „Wie sollte sich die Verantwortung für Medienerziehungsfragen zwischen Schule und Familie aufteilen?“ Die meisten Teilnehmenden betrachten eine gemeinschaftliche, kooperative Verantwortungsteilung im Sinne einer Erziehungspartnerschaft als zielführend.

„Medienerziehung ist heute eine gemeinsame Bildungsaufgabe. Die Familie legt die Grundlage für verantwortungsbewusstes Verhalten, während die Schule systematische Medienkompetenz vermittelt. Keine Seite kann diese Aufgabe allein vollständig erfüllen. Entscheidend ist deshalb eine enge Zusammenarbeit statt einer Verschiebung der Verantwortung.“ (exemplarische Antwort aus der Mitgliederumfrage)

Die Aufgaben der Familie hinsichtlich der Medienerziehung lägen zusammenfassend in der reflektierten, sensiblen und interessierten Begleitung und Regulierung der kindlichen Mediennutzung sowie in der Übernahme von Verantwortung, um einen geschützten Raum für Orientierungs- und Aushandlungsprozesse zu schaffen. Die Schule hingegen stelle einen Ort für systematisch begleitete Medienbildungsprozesse dar, fange soziale Ungleichheit auf und befähige alle Kinder und Jugendlichen systematisch zu einer verantwortungsvollen, kritischen, demokratieförderlichen und kreativen Mediennutzung. Sie fungiere außerdem als ausgleichende, beratende und weiterbildende Instanz für Familien. Es finde ein stetiger Austausch zwischen beiden Seiten statt, sodass miteinander und nicht gegeneinander gearbeitet werde. Kinder und Jugendliche sollten dabei in den Fokus rücken, nicht die Frage nach der Verantwortlichkeit.

Fehlende Rahmenbedingungen für gute Medienbildung in der Schule

Auf die Frage, welche wichtigen Rahmenbedingungen für gute Medienbildung in der Schule aktuell als nicht oder nicht hinreichend gegeben sind, weisen die Antworten darauf hin, dass schulische Medienbildung aktuell durch ein Zusammenspiel struktureller, personeller und ressourcenbezogener Gegebenheiten gehemmt wird. Lehrkräften fehle es an Medienkompetenz, Motivation bzw. Haltung und Zeit. Fortbildungen seien selten verpflichtend. Medienbildung sei damit vom Engagement Einzelner abhängig. Ebenso wirken sich unklare Zuständigkeiten sowie eine fehlende Orientierung an den Lebenswelten der Schüler*innen negativ aus. Kooperationen mit externen Akteur*innen scheiterten an mangelnder Finanzierung und fehlenden Ansprechpersonen, was eine nachhaltige Verankerung von Projekten und Angeboten erschwere. Auch die Zusammenarbeit mit Eltern und innerhalb von Kollegien könnte stärker ausgebaut werden. Ressourcenseitig mangle es außerdem an funktionierender Infrastruktur, qualifiziertem Personal, insbesondere festen medienpädagogischen Stellen, sowie aktuellem Fachwissen. Strukturell fehle eine verbindliche curriculare Verankerung.

„Oft wird Medienbildung mit Informatik gleichgesetzt. Informatik ist zwar wichtig, ersetzt aber keine Medienbildung. Medienbildung umfasst zusätzlich Themen wie kritisches Denken, gesellschaftliche Verantwortung, Kommunikation, Datenschutz oder den reflektierten Umgang mit sozialen Medien und digitalen Informationen.“ (exemplarische Antwort aus der Mitgliederumfrage)

Dazu, ob Medienbildung als eigenes Fach oder als Querschnittsaufgabe konzipiert sein soll, gibt es unterschiedliche Ansichten. Einigkeit besteht jedoch darin, dass sie aktuell als Beiwerk gilt und sowohl politischer Wille als auch einheitliche Richtlinien fehlen, um dies zu ändern.

Bereicherung, Förderung und Entlastung durch die außerschulische Medienbildung

Die Antworten auf die Frage, wie die außerschulische Medienpädagogik Medienbildung in der Schule bereichern, fördern, entlasten könnte, lassen sich in mehrere Kategorien einteilen: Bereicherung

durch externe Fachkräfte, Angebote und Kooperationen sowie Ressourcen, Strukturelles auf Schulebene und Politik.

Die außerschulische Medienpädagogik könne schulische Medienbildung dort bereichern, wo das System strukturell an seine Grenzen stoße. Externe Fachkräfte brächten aktuelle Expertise, praxisnahe Methoden und neue Impulse ein. Sie entlasteten Lehrkräfte und ermöglichten durch ihre Unabhängigkeit vom Schulkontext andere Zugänge zu Kindern und Jugendlichen. Darüber hinaus könnten sie Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte und Eltern fortbilden sowie bei der Entwicklung von Materialien und Konzepten unterstützen. Außerschulische Angebote böten einen Raum ohne Noten- und Leistungsdruck, der stärker an den Lebenswelten der Schüler*innen ausgerichtet sei und aktive, kreative Medienarbeit ermögliche.

„Sie bereichern durch andere Settings: Im Workshop sind Kinder nicht Schüler*innen mit Note im Hinterkopf, sondern Teilnehmende -- und sprechen anders über ihre TikTok-Nutzung, über KI, über das, was Eltern verbieten.“ (exemplarische Antwort aus der Mitgliederumfrage)

Voraussetzung für eine nachhaltige Wirkung seien feste Kooperationsstrukturen, Regelmäßigkeit und faire Honorierung. Dafür brauche es deshalb unbedingt eine entsprechende Finanzierung. Politisch würden Bildungspartnerschaften bislang nicht ausreichend anerkannt. Ein abgestimmtes Gesamtkonzept, in dem Schule die systematischen Grundlagen lege und außerschulische Akteur*innen die lebensweltliche Vertiefung bieten, könne einen entscheidenden Mehrwert schaffen.

Wünsche und Visionen: Idealzustand der Medienbildung in Schule

Die Antworten lassen sich in die Ebenen Schule, Angebote und Akteur*innen sowie Ressourcen aufschlüsseln. Nach Vorstellung der Befragten sollte Medienbildung als grundlegende Bildungsaufgabe von Klasse 1 bis 13 dauerhaft und verbindlich im Schulalltag verankert sein, fächerübergreifend und gleichzeitig als eigenständiges Fach. Die Lehrpläne wären flexibel genug, um mit der Medienwelt Schritt zu halten, das Medienkonzept würde gemeinsam mit den Schüler*innen entwickelt und regelmäßig angepasst. Inhaltlich gehe es weit über Technikkompetenz hinaus: eine selbstbestimmte, kritisch-reflektierte und kreative Mediennutzung stünde im Mittelpunkt. Schüler*innen würden nicht nur konsumieren, sondern aktiv in partizipativen, lebensweltorientierten Formaten ohne Leistungsdruck gestalten. Auf Akteur*innenebene wandelten sich Lehrkräfte zu Lerncoaches, bildeten sich verpflichtend weiter und teilten eine gemeinsame medienpädagogische Überzeugung. Schuleigene Medienpädagog*innen mit festen Stellen nähmen eine Schlüsselrolle als Beratende, Qualifizierende, Vernetzende ein und dienten als Ansprechpersonen für Schüler*innen, Lehrkräfte und Eltern gleichermaßen. Externe Expert*innen seien als gleichwertige Partner*innen langfristig eingebunden.

„Es gäbe ausgebildete Ansprechpersonen (entweder Sozialarbeiter*innen mit passender Qualifikation oder explizit Medienpädagog*innen), die sowohl Schüler*innen als auch Lehrkräften und Eltern zur Verfügung stehen. Diese Personen könnten dafür sorgen, dass medienpädagogische Expertise querschnittlich eingebracht wird.“ (exemplarische Antwort aus der Mitgliederumfrage)

Ressourcenseitig brauche es nachhaltige Finanzierung, funktionierende Infrastruktur, multiprofessionelle Teams und dedizierte Räume für kreative Medienarbeit. Medienbildung sei keine Randaufgabe mehr, sondern werde als grundlegende Bildungsaufgabe verstanden.

Fazit und medienpädagogische Einordnung der Ergebnisse

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass die derzeitige Medienbildung in Schulen von einer deutlichen Mehrheit der Befragten (knapp 90 %) als unzureichend bewertet wird. Die Befragten sehen im Idealfall die Hauptverantwortung überwiegend bei schuleigenen, festangestellten

Medienpädagog*innen (55 %), während die Medienerziehung als geteilte Aufgabe im Sinne einer Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Familie verstanden wird. Als zentrale Hindernisse werden fehlende Fortbildungen, unklare Zuständigkeiten, mangelnde Ausstattung sowie eine fehlende curriculare Verankerung identifiziert.

Aus den Antworten ergibt sich das Bild einer dauerhaft und verbindlich verankerten schulischen Medienbildung, auch in der Eltern- und Peerberatung. Dabei werden sowohl fächerübergreifende Ansätze als auch, z. B. in ausgewählten Jahrgangsstufen, ein eigenständiges Fach bzw. Kombinationen aus beiden Modellen vorgeschlagen. Dafür braucht es feste, fair bezahlte medienpädagogische Stellen an Schulen sowie Lehrkräfte mit medienpädagogischen Kompetenzen:

„Im Idealzustand wäre Medienbildung verbindlicher Bestandteil schulischer Bildung -- fächerübergreifend, praxisnah und kritisch-reflexiv. Alle Schüler*innen hätten Zugang zu guter Ausstattung, kreativen Lernräumen und qualifizierter Begleitung. Medienbildung würde nicht nur Techniknutzung vermitteln, sondern Selbstwirksamkeit, Teilhabe, Demokratiebildung, Datenschutz, Umgang mit Desinformation, KI-Kompetenz und kreative Medienproduktion stärken. [...] Außerschulische Medienpädagog*innen wären als gleichwertige Partner*innen eingebunden -- mit fairer Bezahlung, langfristiger Finanzierung und echter Mitgestaltung statt kurzfristiger Projektlogik.“
(exemplarische Antwort aus der Mitgliederumfrage)

Kontakt: GMK e.V. | Obernstr. 24a | 33602 Bielefeld | +49 521 67788 | gmk@gmk-net.de | gmk-net.de